

## **ANTRAG**

**an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich**

**am 24.11.2016**

Wien, 03.11.2016

### **Selbstständigkeit erleichtern – Modernisierung der Gewerbeordnung**

Gewerbebetriebe bilden das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Sie schaffen Arbeitsplätze in diesem Land, stärken die Regionen und sind wesentlich für den Erhalt unseres Wirtschafts- und Sozialsystems. Gewerbe zu unterstützen bedeutet auch, den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern und die Bedingungen für das unternehmerische Dasein durch öffentliche Maßnahmen zu verbessern. Anstatt ihnen unter die Arme zu greifen, werden Selbstständige jedoch mit nicht mehr zeitgemäßen Regelungen belastet, die das Wirtschaftsleben unnötig erschweren.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband setzt sich daher für eine Modernisierung der Gewerbeordnung mit folgenden Reformmaßnahmen ein:

1. Das Liberalisierungspotential der reglementierten Gewerbe unter Wahrung des Qualitätswettbewerbs prüfen.
2. Entbürokratisierung und Vereinfachung des Betriebsanlagenrechts in die Wege leiten.
3. Weitgehende Liberalisierung der 440 freien Berufe und der 21 Teilgewerbe, um den Zugang sowie den Erhalt des Unternehmertums zu verbessern.

Insgesamt gibt es rund 817.000 Gewerbeberechtigungen in Österreich. Während jedoch die Anzahl der Gewerbescheine in den letzten 12 Jahren um 35 Prozent gestiegen ist, ist jene der Gewerbetreibenden nur um 12 Prozent gestiegen. Denn im Durchschnitt besitzt ein Selbstständiger vier bis fünf Gewerbescheine. Wenn ein Fahrzeugtechniker also ein gebrauchtes Auto reparieren und es dann verkaufen will, braucht er insgesamt drei Gewerbescheine. Die Friseurin, die als Visagistin, Kosmetikerin, Hand- und Fußpflegerin ausgebildet wurde, muss für jede Tätigkeit einen eigenen Gewerbeschein lösen.

Daher muss bei der Reform der Gewerbeordnung der Interessensausgleich zwischen ähnlichen Berufsgruppen im Fokus stehen.

Dabei darf die Qualität der Berufe nicht angetastet werden! Als Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband stellen wir uns klar hinter den Erhalt unserer meisterhaften Betriebe. Qualität ist ein wesentlicher Innovationsantrieb für die österreichischen Gewerbetreibenden, die um keinen Preis abgesenkt werden darf. Es hat nämlich einen

Grund, warum unser Wirtschaftsstandort international geachtet wird: nämlich das duale Ausbildungssystem, das hochqualifizierte Betriebe mit hochqualifizierten Fachkräften hervorbringt. Dieser Qualitätswettbewerb muss erhalten bleiben, sogar ausgebaut werden.

Wenn wir nämlich eines aus der Krise gelernt haben, dann, dass völlige Deregulierung nicht funktioniert, weder auf Märkten, noch bei Berufen, die hochqualifizierte Anforderungen haben.

Daher sind Reglementierungen durch Meisterprüfungen und Befähigungsnachweise dort gerechtfertigt, wo die Gefahr für Leib, Leben, Konsumentenschutz und Vermögen besteht. Um auch Branchen, die keine Meisterprüfung erfordern, qualitativ absichern zu können, ist daher ein Zertifizierungssystem überlegenswert, das analog zur Unternehmerprüfung aufgebaut werden könnte.

Mit der Reform der Gewerbeordnung ist vor allem aber die Entrümpelung des Betriebsanlagenrechts verbunden. Genehmigungsverfahren für Betriebsanlagen sind derzeit viel zu kompliziert und viel zu langwierig. Das Modell der sogenannten One-Stop-Shops eignet sich daher auch zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Weiter soll es eine gesetzliche Verankerung eines bundesweiten Verfahrensmonitors nach einheitlichen Regeln geben, denn derzeit erfolgen die Bewilligungen in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Diese Kriterien sollen mit einer Informationsverpflichtung jeder Behörde zur Bekanntgabe der Einreichunterlagen im Vorfeld verknüpft sein.

Bei Einsprüchen gegen Betriebsanlagen könnte das Rechtsverfahren wesentlich effizienter und sparsamer werden, wenn AnrainerInnen auf den zivilen Rechtsweg verwiesen werden. Im Zivilrecht stehen AnrainerInnen alle rechtlichen Instrumente zur Verfügung, berechnete Interessen geltend zu machen und ihre Beschwerden zu legitimieren. Dadurch würden nicht nur die Rechte der AnrainerInnen gewahrt werden, sondern sich auch die Anzahl der Verfahren reduziert und beschleunigt werden.

#### **Der SWV stellt daher folgenden Antrag, und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, ihn zu unterstützen:**

Die Wirtschaftskammer Österreich fordert die Bundesregierung und ihre zuständigen Stellen zur raschen Umsetzung der im Regierungsprogramm enthaltenen Bestimmungen zur Entbürokratisierung durch folgende Reformmaßnahmen auf:

- **Vereinheitlichung der 440 freien Berufe** – 1 Gewerbe für alle (Single Licence)
- **Deklarationspflicht per „Opt-In-Erklärung“** bei der Gewerbebeanmeldung. Man muss sich mindestens einer Berufsgruppe zugehörig erklären.
- **Liberalisierung der 21 Teilgewerbe** durch Überführung der Berufsgruppen in die Hauptgewerbe
- **Reglementierte Gewerbe aufrechterhalten**, wo Gefahr für Leib, Leben, Konsumentenschutz und Vermögen besteht und EU-Recht schon vorherrscht
- Qualität der Berufe schützen - Keine Schwächung des **dualen Ausbildungssystems**
- **Etablierung eines Zertifizierungssystem in Branchen, die keine Meisterprüfung erfordern**
- **Einführung einer Unternehmerprüfung**, wenn die wirtschaftlichen Fähigkeiten nicht schon anderweitig nachgewiesen werden

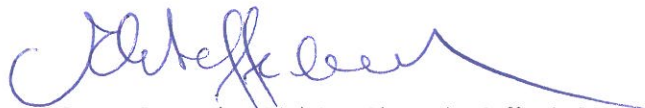
- **Ausbau der One-Stop-Shops** zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
- **Bundesweites Verfahrensmonitoring nach einheitlichen Kriterien**
- **Wahrung der Rechte der AnrainerInnen (Parteistellung) durch Verweis auf das Zivilrecht**
- **Informationsverpflichtung** jeder Behörde zur Bekanntgabe der Einreichunterlagen
- **Wegfall der dualen Anmeldung** bei der Wirtschaftskammer und der Bezirkshauptmannschaft
- **Modernisierung der Organe der Wirtschaftskammer** im Hinblick auf die Reform des WKÖ-Gesetzes



Abg. z. NR Dr. Christoph Matznetter  
*Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich*



KommR Katarina Pokorny  
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments  
der Wirtschaftskammer Österreich*



KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal  
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments  
der Wirtschaftskammer Österreich*